



Das kulturelle Aushängeschild bleibt: Der Kreistag lehnte gestern Abend einen CDU-Antrag ab, der eine Kündigung der Trägerschaft an der Neuen Philharmonie

Westfalen zum 31. Dezember 2024 vorsah. Das Argument der Union, bis dahin hätten die Musiker ausreichend Planungssicherheit, fand keine Mehrheit. Foto: Archiv

Die „Titanic“ behält ihre Kapelle

Von Kevin Kohues

Kreis Unna. Der Sitzungsmarathon dauerte fünf Stunden und 20 Minuten. Als Landrat Michael Makiolla gestern Abend um 20.20 Uhr allen Mitgliedern des Kreistages frohe Weihnachten wünschte, hatte der Kreis Unna einen beschlossenen Haushalt für das nächste Jahr. Zuvor hatten die Politiker acht Haushaltsreden gehört und über nicht weniger als 29 Änderungsanträge abgestimmt.

„Unterm Strich“ steht nun eine Kreismenge mit einem Hebesatz von 47,52 Punkten. In Geld ausgedrückt heißt das: Die zehn Städte und Gemeinden müssen im Jahr 2015 knapp 251 Millionen Euro an den Kreis zur Erledigung seiner Aufgaben abführen, etwa 8,4 Millionen mehr als 2014.

Die Mehrheit fiel mit 40 Ja- zu 30 Nein-Stimmen relativ knapp aus. SPD, Linke, GfL-Lünen/UWG-Selm, die FDP und die Piraten stimmten dafür, während CDU, Grüne und Helmut Stalz, der wegen der Erkrankung von Dieter Albert einzige Vertreter der Freien Wähler, den Haushalt ablehnten.

Auf politischen Beschluss kommt es im Vergleich zum Entwurf von Kreisdirektor und -kämmerer Dr. Thomas Wilk zu Mehrkosten von 200.000 Euro. Drei Viertel dieser Summe resultieren aus höheren Stundensätzen für Integrationshelfer, die behinderte Kinder in der Bewältigung ihres Schulalltags unterstützen. An den Fördermitteln für Kulturveranstaltungen, die der Kämmerer eigentlich streichen wollte, hielt die Politik auf Antrag der SPD fest.

Bemerkenswerter fröhlich waren die Diskussion und das Abstimmungsverhalten bei zwei Anträgen, die ohne Mehrheit blieben.

Zunächst scheiterte die CDU mit ihrem Ansinnen, die Trägerschaft des Kreises

Mit knapper Mehrheit beschließt der Kreistag den Haushalt 2015. Die Zahllast für die Städte und Gemeinden steigt um 8,4 Millionen Euro. Das Orchester der Neuen Philharmonie bleibt verschont. Und in einem Punkt stimmt SPD-Landrat Michael Makiolla gegen die sozialdemokratische Fraktion.

an der Neuen Philharmonie Westfalen zum Ende des Jahres 2024 zu kündigen.

Das Orchester kostet den Kreis im Jahr 730.000 Euro und sein Erhalt vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage daher politisch schon lange umstritten. CDU-Fraktionschef Wilhelm Jasperneite verglich die Situation in seiner Haushaltsrede gestern mit der wohl berühmtesten Schiffskatastrophe der Geschichte, „Die Titanic“, so Jasperneite, „steuert mit voller Kraft auf den Eisberg zu und kollidiert. Der Kapitän grüßt und das Orchester spielt bis in den Untergang.“ Er hoffe, dass Vergleichbares dem Kreis Unna und der Neuen Philharmonie nicht passiere.

Makiolla appelliert an soziale Verantwortung

Landrat Michael Makiolla hielt als langjähriger Trägervereinsvorsitzender der Neuen Philharmonie mit dem gleichen Bild dagegen: „Willi Jasperneite schlägt also vor, auf der Titanic die Kapelle über Bord zu werfen, in der Hoffnung, dass das Schiff dann nicht untergeht.“

Er appelliere an die soziale Verantwortung der Kreistagsmitglieder, dies nicht zuzulassen. Wenn der Kreistag den Ausstieg beschließen werde das Land seine Unterstützung des Orchesters sofort beenden und die Folge wäre die Insolvenz, prophezeite der Landrat.

Helmut Krause (CDU) setzte dagegen, es sei durchaus sozial verantwortlich, den Musikern mit dem Ausstieg 2024 noch für zehn Jahre einen sicheren Arbeitsplatz zu garantieren. Doch die Mehrheit war auf Seiten Makiollas, nur die Grünen

folgten dem CDU-Antrag.

Kurz darauf erlitt auch die SPD-Fraktion eine empfindliche Schlappe, pikanterweise sogar mit einer Gegenstimme „ihres“ Landrats. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, den Haushaltsansatz des Kämmerers – der übrigens auch ein SPD-Parteibuch besitzt – für die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger um eine Million Euro zu senken. Begründung: die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt dank der erfolgreichen Arbeit des Jobcenters. Dafür gab es jedoch von fast allen Seiten Gegen-

wind. Der Haushaltsansatz habe schon seinen Grund, die möglichen Einsparungen seien nur dem Prinzip Hoffnung geschuldet, sagte etwa Herbert Goldmann (Grüne).

Landrat nicht auf Seiten der SPD-Fraktion

Werner Sell (Linke) sprach von „Kaffeersatzleserei“. Kämmerer Dr. Wilk, seitens der Politik zu einem klärenden Wort aufgefordert, sagte, es gebe bei den KdU keinen neuen Sachstand, von einer Trendwende könne noch keine Rede sein.

Es folgte die Abstimmung



Im Kreistag hat der papierlose Sitzungsdienst Einzug gehalten – vorrangig, um Geld zu sparen. In der gestrigen Marathon-Sitzung offenbarte sich ein weiterer Vorteil der Tablet-Computer: Angesichts von allein 29 Änderungsanträgen zum Haushalt ersparten sie den Politikern, sich im Papierwust zu verzetteln. Foto: Saraid

Haushaltsreden in der Sonntagszeitung

- Alle acht Haushaltsreden aus dem Kreistag lesen Sie, liebe Leser, in unserer nächsten digitalen Sonntagsausgabe am 21. Dezember.
- Wer noch kein Digital-Abonnement hat, kann es für nur drei Euro pro Monat als Zusatz für Abonnenten der gedruckten Zeitung bestellen.
- Kontakt: Servicecenter des Zeitungsverlages Rubens, Wasserstraße 20 in Unna, Tel. 0 23 03/20 20, montags bis freitags 7 bis 18 Uhr, samstags 7 bis 12 Uhr. sieben.hellwegeranzeiger.de

mit der denkbar knappsten Mehrheit. 34 Abgeordnete stimmten für den Antrag (SPD, Piraten, GfL/UWG), 36 dagegen. Auch der Landrat, der damit seinen Kämmerer unterstütze – und zur Überraschung vieler im Kreistag nicht seine Partei.

Abfallgebühren steigen leicht

Zum neuen Jahr hebt der Kreis die Abfallgebühren auf gestrigen Beschluss des Kreistages leicht an. Die Entsorgungsgebühren des Kreises bilden einen Baustein in der Gebührenrechnung der Kommunen, die für das Einsammeln des Abfalls zuständig sind. Restmüll kostet künftig 257,86 Euro pro Tonne (2014: 256,90 Euro), die Kompostierung von Biomüll 103,69 Euro pro Tonne (2014: 101,78 Euro) und Grünabfall 55,04 Euro pro Tonne (2014: 50,13 Euro).

Eine Grund für die Erhöhung liegt darin, dass eine wichtige Einnahmequelle angesichts weltweit sinkender Erlöse deutlich weniger stark sprudelt. In der Altpapierverwertung rechnet der Kreis im Jahr 2015 nur noch mit Einnahmen von 57,33 Euro pro Tonne. 2014 waren es noch 90,43 Euro gewesen.

Aus für den Fahrradbus

Keine Überraschung mehr war der Beschluss zum Aus für den Fahrradbus. Nach jahrelanger kontroverser Debatte um ein Angebot, das einfach nicht genug Nutzer fand, hatte bereits der Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität die Einstellung empfohlen – und zwar einstimmig. Der Kreistag beendigte den langjährigen Zankapfel ebenfalls einstimmig.

Taxi fahren wird teurer

Der gesetzliche Mindestlohn ab 1. Januar gilt auch für Taxifahrer. Steigende Lohnkosten geben die Taxi-Unternehmer ab Februar zum Teil an ihre Kunden weiter. Dann nämlich greift die Erhöhung der Taxipreise, die der Kreistag gestern beschloss. Der Grundpreis steigt um 50 Cent, der Kilometerpreis um 20 Cent.



Die Protagonisten der Haushaltsdebatte im Kreistag (v.l.): Brigitte Cziesko (SPD), Wilhelm Jasperneite (CDU), Herbert Goldmann (Grüne), Werner Sell (Linke), Maria Lipke (GfL/UWG), Helmut Stalz (Freie Wähler), Michael Klostermann (FDP) und Christian Roß (Piraten). Ihre Reden können Sie in aller Ausführlichkeit in unserer nächsten digitalen Sonntagsausgabe nachlesen. Fotos: Archiv